

# 1 Steckbrief zur SUP

## A.1 Titel des Plans oder Programms, zu dem die SUP durchgeführt wurde:

Umwidmung Erweiterung Rosenwaibel, Mäder

## A.2 Kurzbeschreibung des Plans oder Programms:

Der Flächenwidmungsplan der Gemeinde Mäder soll im Bereich der bestehenden Großgärtnerei Rosenwaibel geändert werden. Die Widmung soll an die bestehende "Freifläche Sondergebiet Gärtnerei" anschließen und den selben Widmungswortlaut tragen. Das Flächenausmaß beträgt rund 1 ha. Ziel ist die Erweiterung der Großgärtnerei durch Errichtung von Gewächshäusern. Der Boden innerhalb der Gewächshäuser soll versiegelt werden. Es sollen Rosen in aufgeschütteten Beeten gezüchtet werden. Bereits jetzt werden auf den betroffenen Flächen Rosen gezüchtet, allerdings im freien Gelände. Das Gelände wird von einer Hochspannungsleitung überspannt. Die Fläche befindet sich innerhalb der Landesgrünzone.

## A.3 Neuerstellung oder Änderung bzw. Fortschreibung des Plans oder Programms:

bitte, kreuzen Sie an ☒

- Neuerstellung  Änderung bzw. Fortschreibung

## A.4 Planungssektor:

bitte, kreuzen Sie an ☒, bei sektorenübergreifenden Planungen sind Mehrfachnennungen möglich

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Örtliche Raumplanung, Stadtentwicklung | <input type="checkbox"/> Überörtliche Raumplanung | <input type="checkbox"/> Regionalpolitik und EU-Förderprogramme     |
| <input type="checkbox"/> Abfallwirtschaft                                  | <input type="checkbox"/> Wasserwirtschaft         | <input type="checkbox"/> Tourismus                                  |
| <input type="checkbox"/> Verkehr   | <input type="checkbox"/> Naturschutz              | <input type="checkbox"/> Bergbau, Rohstoffgewinnung                 |
| <input type="checkbox"/> Lärm, Luft, Klima                                 | <input type="checkbox"/> Energie                  | <input type="checkbox"/> Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei |
| <input type="checkbox"/> Industrie   | <input type="checkbox"/> Anderes: _____           |   |

## A.5 Rechtsgrundlage für die SUP:

Raumplanungsgesetz, LGBl. Nr. 39/1996 idgF

## A.6 Für die SUP verantwortliche bzw. federführende Stelle(n):

Gemeinde Mäder

## A.7 Beteiligte Umweltstellen:

Amt der Vorarlberg Landesregierung, Abteilung IVe - Umwelt- und Klimaschutz; beigezogene Amtssachverständige der Fachbereiche Raumplanung, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Naturschutz, sowie Sachverständige des Betreibers der Hochspannungsleitung

## A.8 Weitere Beteiligte im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und darüber hinaus:

z. B. weitere Dienststellen, Kammern, NGOs, breite Öffentlichkeit

-

## A.9 Weitere Informationen:

z. B. Internetadressen oder Publikationen mit Informationen zu dieser SUP

-

**A.10 Kontaktperson(en) für nähere Auskünfte:**

Name: Andreas Grabher

Stelle / Abteilung: Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung IVe - Umwelt- und Klimaschutz

Telefonnummer: +43 5574 511 24521

Email-Adresse: andreas.grabher@vorarlberg.at

## 2 Beschreibung der ausgewählten SUP-Elemente, der Erfahrungen und der Herausforderungen

**B.1 Was ist aus Ihrer Sicht bei dieser SUP nennenswert? Inwiefern?**

1. Beim Screening:

Das Screening ergibt, dass auf Grund der Flächengröße von 1 ha, der Lage innerhalb der Landesgrünzone und der Tatsache, dass der Boden vollständig versiegelt werden soll, voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Ackerbaulich nutzbarer Boden ist im Vorarlberger Rheintal ein besonders knappes Gut. Die Einstufung des Bodenverbrauchs als erhebliche Umweltauswirkung begründet sich insbesondere auch durch die Kumulation mit anderen Bauvorhaben (überwiegend Betriebsgebiete, Straßen und Freizeitnutzungen). Aber auch sekundäre Wirkungen, wie die Erhöhung des Nutzungsdruckes auf extensiv genutzte Flächen, werden angeführt. Erwähnenswert ist der Hinweis der Sachverständigen, dass die Auswirkungen auf den Boden bei Errichtung von Gewächshäusern, aber ohne die geplante Bodenversiegelung, als nicht erheblich beurteilt würden.

2. Bei der Organisation des SUP-Prozesses inkl. Beteiligung der Umweltstellen und der Öffentlichkeit:

-

3. Beim Scoping:

-

4. Beim SUP-Umweltbericht:

Der Umweltbericht enthält in der Beschreibung des Vorhabens die Rechtfertigung des Projektwerbers, warum eine Bodenversiegelung notwendig ist. Es werden interne Betriebsabläufe, Komfort für Kunden, sicherheitstechnische Anforderungen und Bewässerung/Düngung/Pestizideinsatz angeführt. Die Nutzungsalternative ohne Versiegelung wird zwar kurz erwähnt, aber nicht eingehend geprüft, weil sie von Seiten des Betriebes bereits verworfen wurde. Es werden auf Grund der Erweiterung an einem bestehenden Betriebsstandort keine Standortalternativen geprüft.

5. Bei der zusammenfassenden Erklärung:

-

6. Bei der Wirksamkeit der SUP:

Für die planerlassende Stelle ergibt sich wegen mangelnder Alternativen eine ja/nein - Entscheidung.

7. Beim Monitoring:

-

8. Anderes:

-

**B.2 Was hat das Gelingen dieser SUP-Elemente gefördert? Wodurch?**

-

**B.3 Was haben Sie bei dieser SUP gelernt? Welche Erfahrungen können Sie weitergeben?**

Grundsätzlich wäre eine Nutzungsalternative mit geringeren Umweltauswirkungen möglich gewesen. Jedoch wird diese vom Widmungswerber auf Grund von betrieblichen Anforderungen abgelehnt. Wie auch bereits in früheren Fällen, können die innerbetrieblichen Voraussetzungen nicht geprüft oder gar widerlegt werden. Erfahrungen zeigen, dass solche Argumente oft zur Durchsetzung betrieblicher Interessen genutzt werden und umweltschonendere Alternativen sehr wohl machbar wären.

**B.4 Welche besonderen Herausforderungen haben sich bei dieser SUP gestellt? Ergeben sich daraus offene Fragen, die noch zu klären sind?**

siehe B.3: Wie kann damit umgegangen werden, dass innerbetriebliche Anforderungen kaum überprüfbar sind? Müssen die Anforderungen des Projektwerbers in der SUP immer als gegeben betrachtet werden, oder dürfen diese auch hinterfragt werden?